

# Gebraucht, aber nicht gewollt

## Zur Situation von Haushaltsarbeiterinnen in Singapur

von  
Yvonne Bach

*Die Autorin ist Regionalwissenschaftlerin Südostasien und verfasste ihre Doktorarbeit zu »Austauschprozesse in transnationalen Familien: Das Beispiel indonesischer Haushaltsarbeiterinnen in Singapur und ihrer Familien im Herkunftsland«.*

Immer mehr Migrantinnen übernehmen die Reproduktionsarbeit von Mittelschichtsfamilien in Singapur. Dafür erhalten sie keinen Dank, sondern eher Schikane. Sie werden explizit vom Beschäftigungsgesetz ausgenommen.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung des Stadtstaates war schon seit jeher eng mit Migration verknüpft. Heute umfasst Singapurs Bevölkerung von 5,183 Millionen BürgerInnen mit malaiischer, chinesischer und indischer Abstammung sowie Tausende ausländische ArbeiterInnen aus Süd- und Südostasien. Singapur gehört zu den Ländern in der Region mit dem höchsten Anteil von MigrantInnen an der Gesamtzahl aller Beschäftigten: Annähernd 25 Prozent der 2,3 Millionen Erwerbstätigen in Singapur sind ArbeitsmigrantInnen, davon circa vier Prozent Frauen, hauptsächlich aus Indonesien und den Philippinen, die als Haushaltsarbeiterinnen tätig sind.

### Gesetzliche Regelungen

In Singapur regulieren verschiedene Gesetze den Bereich der Haushaltsarbeit. Das Wichtigste betrifft Regelungen zur Beschäftigung von ausländischen ArbeiterInnen (Employment of Foreign Workers Act). Auf dieser Grundlage existieren drei Arten von Ausweisen, mit denen AusländerInnen nach Singapur einreisen: ein Beschäftigungsausweis für Hochqualifizierte, ein »S-Ausweis« für Mittelqualifizierte und eine Arbeitserlaubnis, der »R-Ausweis«, für Un- oder Niedrigqualifizierte. Letztgenannter ist meist ein bis zwei Jahre gültig und für alle ArbeiterInnen vorgesehen, die weniger als 1.800 Singapur-Dollar, circa 900 Euro, monatlich verdienen.

Diejenigen ArbeitsmigrantInnen, die in Singapur mit einem »R-Ausweis« einreisen, sind den ausländischen Fachkräften nicht gleichgestellt. Fachkräfte haben die Möglichkeit ihre Familien mitzubringen, genießen denselben Schutz und dieselben Freiheiten wie die BürgerInnen des Stadtstaates und dürfen singapurische BürgerInnen heiraten. Im Gegensatz dazu dürfen EigentümerInnen einer Arbeitserlaubnis weder ihre Familien mit ins Land bringen, noch Einheimische heiraten und müssen sich regelmäßigen medizinischen Untersuchungen unterziehen. Bei der Diagnose von Krankheiten wie HIV/AIDS muss die ArbeitnehmerIn das Land umgehend verlassen. Arbeitsmigrantinnen werden im Fall einer Schwangerschaft abgeschoben. Zudem dürfen ArbeitsmigrantInnen nur in dem im Vertrag angegebenen Arbeitsverhältnis arbeiten und müssen mit dessen

Beendigung Singapur innerhalb von sieben Tagen verlassen. All diese Maßnahmen dienen dazu, die geringqualifizierten Arbeitskräfte als temporären Pool zu verwalten und sie nur so lange im Land zu behalten, wie ihre Arbeitskraft benötigt wird.

Zu den Bedingungen für eine Arbeitserlaubnis für Haushaltsarbeiterinnen gehören u. a., dass der Arbeitgeber eine Sicherheitsbürgschaft über 5.000 Singapur-Dollar, also circa 2.500 Euro, aufnimmt, um sicher zu stellen, dass sie nach Ende der Vertragslaufzeit Singapur verlässt. Für den Fall, dass sie sich illegal im Land aufhält, verliert der Arbeitgeber die Bürgschaft. Singapurs Beschäftigungsgesetz, das die Arbeitsrechte regelt, und das Arbeiterentlohnungsgesetz, zuständig für Ausgleichszahlungen, umfassen alle ausländischen Arbeitnehmer, schließen Haushaltsarbeiterinnen jedoch explizit aus. Folglich hat Singapur weder das Abkommen über ArbeitsmigrantInnen (Migrant Worker Convention) der internationalen Arbeitsorganisation noch das Abkommen über die Rechte von ArbeitsmigrantInnen der Vereinten Nationen unterzeichnet. Bei dem im Jahr 2011 von der internationalen Arbeitsorganisation verabschiedeten »Übereinkommen über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte« enthielt sich Singapur der Stimme.

### Ausbeutung und Missbrauch

Haushaltsarbeiterinnen sind in Singapur von verschiedenen Formen des Missbrauchs betroffen. Human Rights Watch berichtet über Konfiszierungen von Pässen, persönlichen Gegenständen, körperlichem Missbrauch und illegalen Arbeitseinsätzen. Im schlimmsten Fall kann der Arbeitseinsatz zu ihrem Tod führen. Vielen Frauen ist es nicht erlaubt, das Haus zu verlassen und sie dürfen nur begrenzt telefonieren. Auch die Nichtzahlung von Löhnen ist eine gängige Praxis. Eine weitere Quelle der finanziellen Ausbeutung sind die überhöhten Vermittlungskommissionen, die die Frauen an die Arbeitsagenturen zu zahlen haben. Diese sind bemüht den Arbeitgebern günstige Preise für eine Vermittlung anzubieten und sind zudem an Profit interessiert. Die Vermittlungskommission, die circa 2.000 Singapur-Dollar, etwa 1.000 Euro beträgt, ist von den Frauen zu tragen. Diese nehmen in der Regel einen Kredit bei ihrer Vermittlungsagentur auf, den sie in den ersten Monaten ihrer Anstellung zurückzahlen. Abhängig von ihrem Gehalt haben die Frauen daher in den ersten drei bis zehn Monaten hohe Gehaltsabzüge. Auch sind die Arbeitsbedingungen für die Frauen oft schlecht. Viele haben keine oder kaum arbeitsfreie Tage und müssen



Agentur zur Vermittlung von Haushaltshilfen in Singapur.  
Foto: Yvonne Bach

stattdessen Überstunden leisten und teilweise zusätzlich in einem weiteren Haushalt arbeiten.

Ein neues Gesetz Singapurs vom 5. März 2012 legt fest, dass den Haushaltsarbeiterinnen ein freier Tag pro Woche gewährleistet werden muss oder, dass der Arbeitgeber ihnen den Lohn, der ihnen für einen Arbeitstag zusteht, auszahlt. Dieses Gesetz gilt für diejenigen Arbeitsverträge, die ab dem 1. Januar 2013 ausgestellt oder verlängert werden. Dies wurde jahrelang durch verschiedene MigrantInnenorganisationen in Singapur propagiert. Weitere Probleme stellen die schlechte Unterbringung der Frauen, die mangelhafte Versorgung mit Nahrungsmitteln und körperlicher oder sexueller Missbrauch dar. Viele Haushaltsarbeiterinnen wenden sich bei Problemen an ihre jeweiligen Botschaften, die zumeist über Schutzhauser verfügen, in denen die Frauen temporär wohnen können. Zudem haben sich in den letzten Jahren zivilgesellschaftliche Organisationen und religiöse Einrichtungen gegründet, die für eine Verbesserung ihrer Situation eintreten. Sie bieten ein breites Spektrum von Hilfsangeboten an, zu denen rechtliche Unterstützung, Notunterkünfte, Informationsdienste, Sprach- und Computerkurse und finanzielle Hilfe in Notsituationen gehören.

#### Fazit: Haushaltsarbeiterinnen in Singapur: Benötigt und verunglimpft

Haushaltsarbeiterinnen übernehmen eine wichtige Rolle in der singapurischen Gesellschaft: Sie entlasten Familien und ermöglichen es singapurischen Frauen, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Zudem müsste der Staat ohne sie wesentlich stärker in den Bereich sozialer Dienstleistungen investieren. Trotzdem werden sie von staatlicher Seite als »notwendiges Übel« bezeichnet. Ihre Herabwürdigung zeigt

sich an dem öffentlichen Diskurs über ein angebliches »Haushaltsarbeiterinnen-Abhängigkeits-Syndrom«. So hätten Kinder, die mit einer Haushaltsarbeiterin aufwachsen, die Tendenz dieses »Syndrom« zu entwickeln, das zu einem Mangel an Unabhängigkeit und Selbstvertrauen führen würde. Es wurden gar Kritiken laut, die vor den negativen Einflüssen durch Haushaltsarbeiterinnen auf die zukünftige Führungsschicht Singapurs und den unternehmerischen Geist der Jugend warnen. Das »Syndrom« könnte die Tugenden von harter Arbeit und Eigenständigkeit untergraben und stattdessen Kinder mit dürftigen sozialen Werten hervorbringen.

Aus diesen Gründen initiiert die Regierung gemeinsam mit den Arbeitsvertretungen seit 2005 »familienfreundliche Initiativen«, die eine Reduzierung von Haushaltsarbeiterinnen durch die Gewährleistung qualitativer Betreuung für Familienangehörige zum Beispiel mit der Erhöhung der Zahl von Kinderbetreuungseinrichtungen verfolgen. Trotzdem steigt die Anzahl der Haushaltsarbeiterinnen stetig. Viele Familien können laut ihrer Aussagen ohne die Hilfe einer Haushaltsarbeiterin »keinen Monat überleben«. In einem Beitrag der Tageszeitung *Straits Times* wird versucht das Problem der Ausbeutung von Haushaltsarbeiterinnen aus einer anderer Richtung anzugehen. In diesem Artikel wird an das Verantwortungsbewusstsein von Arbeitgebern appelliert, durch eine Reduzierung der Arbeitszeit und flexiblere Arbeitszeitgestaltung, ihren MitarbeiterInnen ein Familienleben ohne die Abhängigkeit von Haushaltsarbeiterinnen zu ermöglichen. Das Erscheinen solcher Artikel lässt zumindest erste Schritte der Sensibilisierung der Thematik in der Gesellschaft sowie eine Suche nach Veränderungsansätzen erkennen. Der Staat oder die Gesellschaft scheint jedoch in dieser Argumentation die prekäre Situation der Haushaltsarbeiterinnen nicht zu bedenken. Dank von singapurischer Seite scheinen sie kaum zu erfahren.

#### Literatur

- > Devasahayam, Theresa (2010): Placement and/or Protection? Singapore's Labour Policies and Practices for Temporary Women Migrant Workers. In: *Journal of the Asia Pacific Economy*, Jg. 15, H. 1, S. 45–58.
- > Gee, John/Elaine Ho (2006): *Dignity Overdue*. Singapore: John Gee and Elaine Ho.
- > Jordan, Rolf (2007): Geschäfte mit der Migration: VerdienenderInnen und VerliererInnen im Stadtstaat Singapur. In: *iz3w. Blätter des Informationszentrums 3. Welt*, H. 303, S. 16–18.
- > Nehrling, Elizabeth (2010): Beyond the Right to Rest: An Evaluation of the Social and Legal Structures Shaping the Agency of Foreign Domestic Workers in Singapore. In: *Southeast Asia Research Centre, Working Paper Series Nr. 107*.